

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE-Initiativen im Landtag vor.

In dieser Ausgabe berichte ich von meiner Tour durch Sachsen, die unter dem Motto „Lautstark für soziale Arbeit“ steht. GRÜNE Erfolge im Parlament konnten wir beim barrierefreien Zugang zum Informationsportal Amt 24 erreichen, bei der psychosozialen Notfallversorgung und am Runden Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“. Mit einem Antrag haben wir uns dafür eingesetzt, dass die bereitgestellten Gelder für Angebote zur Qualifizierung Ehrenamtlicher auch bei den Engagierten ankommen. Eine GRÜNE Initiative zur Stärkung der Alkoholprävention wird derzeit im Sozialausschuss beraten. Unsere Ziele in der Pflegepolitik haben wir in einem Positionspapier zusammengefasst. Im Plenum wurde die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Sachsen, die medizinische Versorgung und die Schulsozialarbeit kontrovers diskutiert.

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.  
Über Rückmeldungen freue ich mich.

## **Lautstark für soziale Arbeit**

Der neue sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer hat mehrfach angekündigt, alles müsse sich jetzt dem Leitgedanken „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ unterordnen. Ich nehme ihn beim Wort und fordere eine ernsthafte Debatte zum Wert sozialer Arbeit in Sachsen ein. Denn Menschen in sozialen Berufen werden oft vergessen. Unsere Fraktion hat einen Antrag zur Stärkung der sozialen Arbeit in den Landtag eingebracht, der aktuell diskutiert wird. Ich bin überzeugt: Soziale Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte, mehr Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen. In den letzten Monaten habe ich viele Fachkräfte vor Ort besucht, Statements zum Wert sozialer Arbeit gesammelt und veröffentlicht. Mischen auch Sie sich mit uns lautstark in die Debatte ein – unter [www.soziale-arbeit-sachsen.de](http://www.soziale-arbeit-sachsen.de). Im Herbst werden wir den Antrag im Landtag zur Abstimmung stellen.

- [Antrag](#)
- [Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag](#)
- [Rückblick zur Anhörung des Antrags](#)
- [Protokoll zur Anhörung des Antrags](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Beteiligungsportal "Lautstark für soziale Arbeit"](#)
- [Rede zur Aktuellen Debatte: Für ein sozial gerechtes Sachsen](#)
- [Rede: Beschäftigungssituation in der Kinder- und Jugendhilfe](#)

## **Barrierefreier Zugang zum Informationsportal „Amt 24“**

Wer auf ein Amt muss, interessiert sich in der Regel nur für die Öffnungszeit. Für Menschen mit Behinderungen stellen sich mitunter weitere Fragen: Wie komme ich mit einem Rollstuhl in das Gebäude? Wo gibt es reservierte Schwerbehindertenparkplätze? Gibt es ein Blindenleitsystem? Ist ein Gebärdendolmetscher vor Ort oder muss er mitgebracht werden? Wir setzen uns im Landtag dafür ein, dass diese Informationen auf dem Informationsportal für Verwaltungsverfahren 'Amt24' zu finden sind. Nach wiederholten Beratungen des GRÜNEN Antrags im Sozialausschuss hat die Koalition unsere Forderungen unterstützt. Im Juni hat die Staatsregierung einen Bericht vorgelegt zum Stand der Umsetzung des Antrags. Erfreulich ist, dass auf dem Portal endlich ein neues Feld „Barrierefreiheit“ eingefügt wurde. Die Daten zu den einzelnen Behördenstandorten in Sachsen werden nun nach und nach eingepflegt. Ich werde darauf drängen, dass dies jetzt zügig passiert.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Bericht der Staatsregierung zum beschlossenen Antrag](#)

## **Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Sachsen**

Im Juni wurde im Landtag das Gesetz, dass das Bundesteilhabegesetz in Sachsen umsetzen soll, verabschiedet. Wir GRÜNEN haben diesem Gesetz nicht zugestimmt. Wesentliche Forderungen der Selbstvertretung behinderter Menschen, der Wohlfahrtsverbände und des Beauftragten der Staatsregierung für die Belange behinderter Menschen werden in diesem Gesetz ignoriert. Das Bedarfsermittlungsverfahren findet nicht im Sozialraum der unterstützungsbedürftigen Person statt. Ebenso wenig überzeugen die Regelungen, die die Mitsprache behinderter Menschen im weiteren Umsetzungsprozess sicher stellen sollen. Eine Fachaufsicht über die Träger der Eingliederungshilfe ist nicht vorgesehen. Die Clearingstelle soll vermitteln, aber gleichzeitig auch ein Votum abgeben - das passt nicht zusammen! Wir haben einen Antrag eingereicht, mit dem wir das Gesetz verbessern wollten. Dieser Änderungsantrag wurde leider abgelehnt. Mit dem Änderungsantrag wollten wir eine Beteiligung behinderter Menschen bei der Umsetzung des Gesetzes erreichen, ein Bedarfsermittlungsverfahren nahe am Wohnort, die Einrichtung einer Rechts- und Fachaufsicht zur Kontrolle des Amtes, eine Clearingstelle und ein Clearingverfahren, das behinderte Menschen, die sich beschweren unabhängig berät und unterstützt.

- [GRÜNER Antrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes](#)
- [GRÜNER Antrag in leichter Sprache erklärt](#)
- [Rückblick zur Anhörung des Gesetzentwurfes der Staatsregierung](#)
- [GRÜNER Änderungsantrag zum Gesetzentwurf](#)
- [GRÜNER Änderungsantrag zum Gesetzentwurf in leichter Sprache erklärt](#)

- [Rede: Verabschiedung Landesgesetz](#)
- [Rede: Aktuelle Debatte zum Bundesteilhabegesetz](#)

## **Pflegepolitik**

Sachsen befindet sich im Pflegenotstand. Der Freistaat hat im bundesweiten Vergleich die größten Probleme, Stellen in der Pflege professionell wiederzubesetzen, die Zahl der Auszubildenden geht zurück. Die Folgen zeigen sich bereits an der gestiegenen Zahl verhängter Aufnahmestopps und Anordnungen der Heimaufsicht gegenüber den Pflegeeinrichtungen. Unsere Fraktion hat ein Positionspapier erarbeitet, das konkrete Ziele benennt zu den zentralen Themenbereichen: Wohnen und Quartiersansatz, Angehörige, Beratung, Pflegekräfte und Nachwuchs, Qualität und die Hospiz- und Palliativversorgung. Wir stellen dabei den Grundsatz 'Selbstbestimmt so lange wie möglich!' in den Mittelpunkt. Wir wollen weg vom partiellen Löcherstopfen. Wir entwickeln vernetzte Lösungen, die eine gute Pflege auf dem Land wie in der Stadt in Zukunft ermöglichen. Die Staatsregierung fordern wir auf, ihre Versprechen einzulösen. Mit Hilfe eines Antrags wollen wir Bericht erstattet bekommen, was die von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer angekündigten >>Pflegebudgets<< und >>Regionaldialoge<< konkret bringen sollen und wie deren Wirksamkeit überprüft wird.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Positionspapier „Gute Pflege in Sachsen – Selbstbestimmt und würdevoll“](#)
- [Video](#)
- [Pressemitteilung zur Pflegepolitik in Sachsen](#)
- [Pressemitteilung zu regionalen Pflegebudgets](#)
- [Kleine Anfrage zu Pflegekoordinatorinnen und -koordinatoren in Sachsen](#)

## **Psychosoziale Notfallversorgung**

Die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) umfasst die Betreuung von Betroffenen, z. B. Überlebenden, Angehörigen, Hinterbliebenen, Zeugen und Angehörigen von vermissten Personen nach schweren Unglücken, Notfällen, Katastrophen oder Terroranschlägen. Auch die Versorgung von Einsatzkräften (z.B. des Rettungsdienstes) gehören dazu. Bisher wird dies überwiegend von ehrenamtlich tätigen Personen geleistet. Was bislang in Sachsen fehlte, war eine Landeszentralstelle, die diese wichtige Aufgabe koordiniert und bündelt. Dies wurde von den Notfallseelsorgern schon länger gefordert. Gerade bei Großschadenslagen ist schnelle koordinierte Hilfe für Betroffene und Einsatzkräfte dringend erforderlich. Die GRÜNE Fraktion hatte bereits im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, der die Einrichtung einer Landeszentralstelle für PSNV fordert. Nach der Anhörung dieses Vorhabens im Mai, in der auch noch einmal deutlich wurde, dass Sachsen eines der letzten Bundesländer ist, das eine solche koordinierende Zentralstelle nicht hat, wurde dem Antrag im Innenausschuss am 14. Juni mehr-

heitlich zugestimmt.

- [Pressemitteilung](#)
- [GRÜNER Antrag](#)
- [Änderungsantrag der Koalition zum GRÜNEN Antrag](#)

### **Qualifizierung Ehrenamtlicher**

Für die Qualifizierung von Ehrenamtlichen sind im Haushalt 2017/18 jährlich 500.000 Euro eingeplant. Doch die Mittel kommen wegen eines fehlenden Antragsverfahren kaum zur Auszahlung. In einem Antrag fordert unsere Fraktion Sozialministerin Klepsch auf, das Verfahren zur Beantragung, Bewilligung und Auszahlung der Mittel endlich transparent und nachvollziehbar zu regeln, damit die Gelder dort ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Ehrenamtliche haben mehr verdient als dankende Worte! Der Antrag wurde im Mai im Sozialausschuss abgelehnt. Das zeigt mir: Die Staatsregierung und die Koalitionsfraktionen lösen ihre Versprechen nicht ein. Staatsministerin Barbara Klepsch (CDU) hat Ende April den Landkreisen und kreisfreien Städten weitere 100.000 Euro zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zugesagt. Statt die Auszahlung bereitgestellter Gelder zu regeln, werden immer neue Fördertöpfe angekündigt.

- [GRÜNER Antrag](#)
- [Stellungnahme der Staatsregierung](#)
- [Auswertung kleiner Anfragen](#)
- [Pressemitteilung](#)

### **Runder Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung“**

Im Frühjahr 2017 hat die GRÜNE Fraktion in Kooperation mit dem Sächsischen Hebammenverbandes erstmals zu einem Runden Tisch "Geburtshilfe und Hebammenversorgung" eingeladen. Im Juni fand ein weiteres Treffen statt. Das Sozialministerium hat über die Umsetzung des Programms zur Sicherung der Hebammenversorgung und die Ausgestaltung der neuen Förderrichtlinie berichtet. Außerdem haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf gemeinsame Ziele verständigt. Das dritte Treffen hat gezeigt, dass der Runde Tisch in den letzten eineinhalb Jahren Wirkung entfaltet hat. Das Landesprogramm zur Sicherung der Hebammenversorgung bietet Hebammen konkrete Hilfen an. Wir GRÜNEN werden uns in den Haushaltsberatungen dafür stark machen, dass die bereits begonnenen Maßnahmen zur Sicherung der Hebammenversorgung erhalten und weiter ausgebaut werden.

- [Rückblick: 3. Runder Tisch „Geburtshilfe und Hebammenversorgung in Sachsen“](#)
- [Ergebnisse und gemeinsame Ziele](#)

- [Rückblick zur Podiumsdiskussion: Die sichere Geburt – Wozu Hebammen?](#)
- [mehr zum Thema](#)

## Alkoholprävention

Alkoholkonsum ist in Deutschland weit verbreitet und in großen Teilen der Gesellschaft ist Alkohol ein akzeptiertes Suchtmittel. Der Suchtbericht für Sachsen belegt jedes Jahr aufs Neue: Alkohol ist weiterhin die Problemdroge Nummer eins. Die Zahlen für Sachsen sind im bundesweiten Vergleich weiterhin alarmierend hoch, eine Trendwende ist bis jetzt nicht in Sicht. Im Jahr 2015 wurde das nationale Gesundheitsziel „Alkoholkonsum reduzieren“ veröffentlicht. In einem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, dieses Gesundheitsziel mit konkreten landespolitischen Maßnahmen aktiv zu unterstützen. Der Antrag wird derzeit im Sozialausschuss beraten.

- [Antrag](#)
- [Stellungnahme der Staatsregierung](#)
- [Rede: Jugendschutz bei Alkoholabgabe](#)

## Medizinische Versorgung in Sachsen

In den letzten Monaten wurden im Landtag sehr verschiedene Fragen der Gesundheitspolitik diskutiert. Das Thema medizinische Versorgung bleibt hochaktuell, vor allem im ländlichen Raum, wo der Ärztemangel immer akuter wird. Der Wettbewerb um Lösungen wird mit ähnlichen Überschriften geführt. Aber entscheidend ist, ob getroffene Maßnahmen Wirkung entfalten und was darüber hinaus notwendig ist. Wir GRÜNEN sind überzeugt, die Kommunen müssen deutlich mehr Einfluss auf die Gesundheitsversorgung haben, denn jede Region ist anders. Die Kommunen kennen den Bedarf vor Ort am besten – bei den Hausärzten und Fachärzten, in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und Reha-Einrichtungen, bei Pflegediensten, die ins Haus kommen, den Hebammen sowie bei Angeboten der Gesundheitsförderung für Jung und Alt.

- [Rede: Forschung zur gesundheitlichen Versorgung](#)
- [Pressemitteilung: Kommunen mit Eigeninitiative steht Unterstützung vom Freistaat zu](#)
- [Rede: E-Health und Digitalisierung im Gesundheitswesen](#)
- [Rede: medizinische Versorgung im ländlichen Raum](#)
- [Rede: geschlechtsspezifische Medizin](#)
- [Rede: Krankenhausfinanzierung](#)
- [Kleine Anfrage: Bedarfsplanung kassenärztliche Vereinigung](#)

## Schulsozialarbeit

Wir GRÜNEN haben jahrelang für ein Landesprogramm Schulsozialarbeit gekämpft. Ja, die Einführung des Programms ist ein Erfolg. Nein, die Umsetzung ist es bis jetzt noch nicht. Es gab viele Ankündigungen. Es wurden große Erwartungen geweckt. Es wird viel Geld ins System gegeben. 30 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt 2017/18 dafür bereit. Ministerin Klepsch hat im März einen weiteren Ausbau der Angebote an Oberschulen zum kommenden Schuljahr angekündigt. Man könnte fast sagen, Koalition und Staatsregierung erzwingen – nach Jahren des Nichtstuns – einen Start von null auf hundert. Darunter droht nun allerdings die Qualität zu leiden. Ich setze mich im Landtag dafür ein, dass Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter verlässliche Jobperspektiven erhalten und nicht jedes Jahr neu Gelder beantragt werden müssen. Ich streite für die Einhaltung des Fachkräftegebots, denn die Arbeit mit jungen Menschen ist sehr anspruchsvoll. Und ich trete dafür ein, dass möglichst alle Schularten von den Fördergeldern profitieren. Um einen Überblick zur Schulsozialarbeit mit Beginn des Schuljahres 2018/2019 zu erhalten, habe ich eine Kleine Anfrage gestellt.

- [Rede zur Aktuellen Debatte: Landesprogramm Schulsozialarbeit](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Kleine Anfrage](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
[www.gruene-fraktion-sachsen.de](http://www.gruene-fraktion-sachsen.de)

Volkmar Zschocke  
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher  
Telefon: 0351 / 493 48 50  
Telefax: 0351 / 493 48 09  
[volkmar.zschocke@slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke@slt.sachsen.de)  
[www.volkmar-zschocke.de](http://www.volkmar-zschocke.de)

Tina Siebeneicher  
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend,  
Familie, SeniorInnen, Soziales und Gesundheit Tele-  
fon: 0351 / 493 48 26  
[tina.siebeneicher@slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher@slt.sachsen.de)

Anne Kobes  
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit Be-  
hinderung  
Telefon: 0351 / 493 48 27  
[anne.kobes@slt.sachsen.de](mailto:anne.kobes@slt.sachsen.de)

Vi.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:  
[tina.siebeneicher@slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher@slt.sachsen.de)